

9. Februar 1998

KR-Nr. 59/1998

POSTULAT von Susanna Rusca Speck (SP, Zürich), Hanspeter Amstutz (EVP, Fehraltorf) und Susanne Rihs-Lanz (Grüne, Glattfelden)

betreffend Neues Modell für die kantonalen Beiträge an Stütz- und Fördermassnahmen in der Volksschule

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Plafonierung der Stütz- und Fördermassnahmen in der Volksschule aufzuheben und die Beiträge nach einem neuen Modell auszuzahlen, das die ungleichen Anteile der Schulgemeinden an stütz- und förderungsbedürftigen Kindern berücksichtigt.

Susanna Rusca Speck
Hanspeter Amstutz
Susanne Rihs-Lanz

Begründung:

Mit dieser neuen Regelung soll ermöglicht werden, dass Gemeinden mit einem hohen Anteil an Kindern mit Bedarf an Stütz- und Fördermassnahmen relativ höhere Beiträge des Kantons erhalten können, als Gemeinden mit einem kleineren Anteil.

Im weiteren ist zu berücksichtigen, wie hoch der Anteil an Kindern in Kleinklassen ist bzw. solchen, die in der integrativen Schulform unterrichtet werden. Wenn weniger Kinder in Kleinklassen unterrichtet werden, ist dies zum Vorteil der Kinder. Die Kinder in Klassen der integrativen Schulform brauchen aber angemessene Stütz- und Fördermassnahmen bzw. Nachhilfeunterricht.

Bei der Ausarbeitung eines neuen Modells soll auch berücksichtigt werden, dass der Nachhilfeunterricht wieder in die Beitragsberechtigung einbezogen wird.

Gemäss Art. 27, Abs. 2 der Bundesverfassung sind die Kantone für "genügenden, unentgeltlichen Primarunterricht" verantwortlich. Gemäss Art. 62 Abs. 3 der Kantonsverfassung hat der Staat "die hierfür erforderlichen Leistungen" zu übernehmen. Es stellt sich die Frage, ob sich der Kanton in der Finanzierung der Stütz- und Fördermassnahmen anteilmässig nicht gleich beteiligen müsste wie bei der Finanzierung der Volksschule generell. Sowohl Kinder in Kleinklassen wie in der integrativen Schulungsform gehören zur Volksschule, letztere zu den Regelklassen der Volksschule.

Die neue Regelung könnte auch die viel diskutierte Förderung von Hochbegabten einschliessen.

Wieder aufgenommener Vorstoss aus der Legislatur 1995-1999.
Ursprüngliche Einreicherinnen: Doris Gerber-Weeber (SP, Zürich), Helen Kunz (LdU, Opfikon) und Heidi Müller (Grüne, Schlieren)